

Breslauer Zeitung.

N. 327.

Montag den 25. November

1850.

Telegraphische Korrespondenz

für politische Nachrichten, Fonds-Course und Produkte.

Hamburg, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Wörte sehr flau, bei wenigem Geschäft. Berlin-Hamburg 79½. Köln-Minden 84. Magdeburg-Wittenberge 45.

Hamburg, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Min. Getreide fest. Öl stille. Kaffee matter. Zink stille, unverändert.

Stettin, 23. November, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Roggen 34½ p. Frühjahr 38½ Gd. Rüböl 10½ Gd. Spiritus 22½ bez. p. Frühjahr 20 Dr.

Karlsruhe, 22. November. Die zweite Kammer hat den preußischen Truppen einen Dank votirt.

Öderberg, 22. November. Soeben sind p. Nordbahn folgende Munitions-Gegenstände nach Pardubitz expediert worden: 15,540 leere Wurfbomben, 1137 60-pfündige Pulversäcke, 1066 Brandröhren, 3820 Feuerballen und 32 Centner gehacktes und geschmolzenes Zeug zur Füllung der Hohlzylinder. Auf dem Wiener Bahnhofe liegen laut Meldung 1200 Centner Pulver in 30 Wagen verpackt, zur Expedition bereit.

Paris, 21. November, Abends 8 Uhr. Der Moniteur protestiert gegen den im Constitutionnel enthaltenen Angriff auf Preußen. Cavaignac spricht sich im Moniteur du soir entschieden gegen eine Präsidentschafts-Verlängerung Louis Napoleons aus. Der legitimistische Abgeordneten-Verein hat eine Kommission zur Umänderung des Wahlgesetzes ernannt. Der Courier français ist verurtheilt.

Das neue Journal: „Le Vote universel“ ist gestern bereits mit Beschlag belegt. Anklage: Erregung von Hass und Verachtung gegen die Regierung. Laut amtlicher Statistik wird durch das neue Wahlgesetz in den meisten Departements die Hälfte, in einigen ein Drittel der früheren Wähler bestimmt.

Paris, 21. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 70% 92, 95.

Paris, 22. November, Abends 8 Uhr. Im Departement Ardeche ist die Ruhe wieder hergestellt, mehrfache Verhaftungen wurden vorgenommen.

Der Entdecker des Komplotts des Dix Decembre-Gesellschafts, Allais, ist wegen Verlauterung verhaftet. Creton wird seinen Antrag, das Exil für die Bourbons aufzuheben, erneut. In der gesetzgebenden Versammlung stellen zwei Volksvertreter den Antrag auf Wiederherstellung der Sklaverei.

Paris, 22. November, Nachmittags 5 Uhr. 3% 57, 85, 5% 93, 15.

Brüssel, 23. November, Morgens 7 Uhr. Die „Indépendance belge“ leugnet die durch das klerikale Blatt „Journal de Bruxelles“ behauptete Ausweitung des Kardinal Wiseman aus England.

Amsterdam, 22. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Integrale 54%. Spanische innländische Schuld 32½%. 2½% Metalliques 36%. 5% Metalliques 69. 5% neue Metalliques 74%. Russisch 4% Hope (1840) 85%. Russ. 4% Orlig. (Stiegels und Comp.) 84%. Neue russische Anleihe 92½%.

Amsterdam, 22. November, Nachmittags 4 Uhr 30 Minuten. Naps p. November 56. Rüböl p. November 33%, p. Frühjahr 34½. Roggen geringes Geschäft, flau.

Preußen. Kammer-Verhandlungen.

Zweite Kammer.

Dritte Sitzung vom 23. November.

Tagesordnung: Prüfung der Wahlen. Der Präsident Graf v. Schwerin eröffnet die Sitzung 1½ Uhr. Auf der Ministerbank befinden sich die Herren v. Manteuffel und v. der Heydt. Nach Verlesung des Protokolls teilt der Präsident die Namen der durch die geistige Wahl ernannten Schriftführer mit. Es sind die Herren Groddeck, Hartmann, Reuter, v. Götz, Gellert, Eckensteiner, Geßler, Hirsch, von denen der zuerst aufgefahrene Abgeordnete mit 283 Stimmen die Leitung übernahm. Auf die Aufrufung des Präsidenten traten die Herren Groddeck und Geßler das Schriftführeraamt sofort an. Als Quästuren des Hauses bezeichnet der Präsident die Herren Hesse und Broicher.

Eine Eingabe mehrerer polnischen Abgeordneten, die hierauf verlesen wird, geht dahin, daß sich die Unterzeichneten unter feierlicher Verwahrung der völkerrechtlichen und nationalen Rechte ihrer polnischen Landsleute gegen jeden aus der Verfassung des preußischen Staats abzuleitender Machtheit nunmehr zur Beendigung der Verfassung und sonach zum Eintritt in die Kammer bereit erklären. Abgeordneter Herr v. Auerswald bemerkte, daß diese Erklärung die Gültigkeit der Verfassung anzuzweifeln scheine und daß nach seiner Meinung die polnischen Abgeordneten, nur dann zum Verfassungsfeinde zugelassen seien, wenn dieser Passus vorher ins gehörige Licht gestellt sei. Der Präsident jedoch ist der Ansicht, daß ein solcher Vorbehalt gegen die Verfassung, selbst wenn er in der Erklärung enthalten sollte, keine Gültigkeit haben würde, indem der Schwur ein unbedingter und strikter verpflichtender sei. Das Haus tritt auf Befragung dieser Meinung des Präsidiums bei und entscheidet sich somit für die Zulassung der Unterzeichner jener Erklärung.

Die Wahlen der Abteilungen für die Adress-Kommission sind auf folgende Mitglieder gefallen:

I. Geupert, Kleist-Reckow, Bauer (Saskia). II. Bodelschwingh (Magdeburg), Lavergne-Peguilhen, v. Patow.

III. O. Camphausen, v. Richthofen, Falk.

IV. Elmanger, Keller-Barnim.

V. Dym, v. Bernuth, v. Seckendorff.

VI. Harkort, Genthe, Ulfert.

VII. Bodelschwingh (Hagen), v. Binck, v. Ueckermann.)*

Der Präsident, als verfassungsmäßiger Vorsitzender der Adress-Kommission, lädt die Mitglieder derselben zu einer Sitzung für heute Abend sechs Uhr ein. Genthe sagt er sofort eine Zusammenkunft der Mitglieder des Ausschusses für die Geschäftssordnung an.

Der Tagesordnung gemäß wendet sich das Haus hierauf zur Prüfung der Wahlen. Zu einer breiteren Debatte gibt es nur die Wahl des sechsten Breslauer Wahlbezirks. Bevorzugung, in Folge welcher sich jedoch die Abstimmung dahin entscheidet, daß die Anerkennung der Wahl des Hrn. Klettwaer nicht weiter beanstandet wird. Ebenso werden die Bedenken von verschiedenen anderen Wahlen erheblich gefunden mit Ausnahme der Wahl des 4. Breslauer Wahlbezirks, wo der Wahlkommissär Hr. v. Biedlik selbst aus der Uene hervorgegangen und die Vorladung dazu durch einfache Briefe mittelt Postbestellung und ziemlich verspätet erfolgt ist. Der Fall veranlaßt unter Andern auch Hrn. v. Binck zu einigen Worten, mit denen er sich gegen die beanstandete Wahl ausspricht. Das Haus findet schließlich diese Beanstandung gerechtfertigt und erklärt sich also gegen die Zulassung des Hrn. v. Biedlik. Zu zahlreichen Bedenken gibt besonders die Umgestaltung des Justizwesens Bevorzugung, in Folge deren mehrere Abgeordnete nach der Zeit ihrer Erwähnung in veränderte amtliche Stellungen versetzt worden sind, ohne daß doch eine eigentliche Beförderung oder Gehaltserhöhung vorliegt. Außer den Abgeordneten Herren v. Grabowsky, v. Selchow, Wenzel, v. Auerswald, v. Seckendorf u. m. A. beteiligt sich auch der Minister des Innern, Herr v. Manteuffel, an der Debatte über die Frage: inwiefern die veränderte Stellung der Justizbeamten einen Zweifel gegen die Vorwürfe der Biedlik gegen die Abgeordneten-Vollmachten begründet. In den einzelnen Fällen des Abgeordneten Fliegel, durch den die Besprechung hervorgerufen worden ist, erklärt sich die Kammer für die Aufrechterhaltung der betreffenden Vollmacht, was aber das Prinzip anlangt, so wird die Entscheidung darüber vorläufig vertagt.

Nach Erledigung dieses Gegenstandes schließt der Präsident die heutige kurze Sitzung. Die nächste Sitzung findet Montag Mittag 1 Uhr statt. Tagesordnung: Fortsetzung der Wahlprüfungen.

Berlin, 23. Novbr. [Unsere Politik.] In dem Augenblick, wo die deutsche und auswärtige Politik des Ministeriums dem Urtheil der Landesvertreter übergeben werden soll, wo es den Anschein hat, als wolle nur die Opposition über die Vergangenheit des Ministeriums streng zu Gericht sitzen, ist es gewiß von Interesse, das Urtheil einer Partei zu vernehmen, welche nicht eben demokratischer Sympathien wegen vertraut ist. Es ist das die Partei der Kreuzzeitung, oder vielmehr eine Fraktion dieser Partei, welche den spezifisch-preußischen Standpunkt und zwar den allerkräftigsten eintimmt. Jenes Urtheil findet sich in einer soeben hier erschienenen Broschüre: „Unsere Politik“ niedergelegt. Indem wir hier eine Analyse jener Schrift folgen lassen, verwohnen wir uns im Voraus dagegen, daß wir, weit mit einzelnen Punkten einverstanden, etwa die Ansichten teilen, welche der Berf. in Beziehung auf die Stellung Preußens in Deutschland entwickelt. Durch eine Reihe von politischen Freihämmern, so beginnt der Berf., „ist Preußen in eine Lage gebracht, die uns mit dem Untergang bedroht, wenn die bisherige Politik nicht gänzlich und auf der Stelle verlassen wird.“ Um dies näher zu entwickeln, hieß der Berf. eine Rundschau über die gesamme Politik Preußens seit den Märztagen. Das Zentrum der Bewirrung, meint er, bilden die deutschen Angelegenheiten. Sie seien in doppelter Hinsicht falsch behandelt, indem man erstens dem Drang nach deutscher Einheit mehr Macht und Realität zuschreibt, als er in der That hatte; da diese Vorauseitung falsch war, mußte diese Politik scheitern. Zweitens habe man in der Form der Behandlung gescheitert. Denn da Deutschland ein Staatenbund war, hätten die Verhandlungen über ein engeres Band nicht von sogenannten National-Vertretern, sondern von Abgeordneten der Partikularstaaten und der Partikular-Landstände geführt werden müssen. Die Schwäche der „seligen“ Bundesversammlung habe jenes missgestaltete Parlament hervorgerufen. Diese Schwäche hätten gleicherweise Preußen wie Österreich und die übrigen Bundes-Staaten hervorgerufen. Die weitere Entwicklung der Frankfurter Bestrebungen über solle wesentlich Preußen zur Last. Quelle des Unglücks sei die Proklamation vom 21. März, wo es heißt, „Preußen geht in Deutschland auf und stellt sich an die Spitze der Bewegung.“ Das Wort involvierte eine Kriegserklärung gegen Österreich und die übrigen Bundesstaaten und brachte die Frankfurter Versammlung dahin, sich für die souveräne Macht Deutschlands zu halten. Es reizte dadurch die Souveränitätsseisfuch der Mittelstaaten. Indem Preußen die deutsche Einheit für seine Aufgabe erklärte, zog es das ganze Odium dieser Angelegenheit auf sich, und indem diese Aufgabe scheiterte, fiel damit eine Blame auf Preußen selbst. Unvermeidliche Folge von Preußens hegemonischen Gelüsten sei der Konflikt mit Österreich gewesen. Diese Gelüste seien lediglich in der Vorauseitung gehegt worden, daß Österreich auseinander müsse. Indem aber diese Vorauseitung falsch gewesen, habe auch diese Politik scheitern müssen. Wie man sieht, zeigt sich der „preußische“ Berf. sehr besorgt um Österreich und in dem Nachfolgenden zeigt er es noch mehr. Er sagt nämlich, wenn man in Berlin Österreich wirklich für so tief gesunken hätte, so hätte es sich wohl geschickt, dem Nachbar zu Hüfe zu kommen. Indem man das Gegenteil gethan habe, man mittelbar die Erregung in Ungarn und Italien gefeiert, indem man den Anspruch der deutschen Hegemonie erhob, habe man Österreichs Ehre gekränkt und Österreichs Macht geschwächt. Die preußische Politik sei seit zwei Jahren eine permanente Kriegserklärung gegen Österreich gewesen. Deshalb solten wir uns nicht verwundern, wenn uns Österreich jetzt mit „eigner Bitterkeit“ entgegentrete. Neben den Sympathien für Österreich, hieß auch der Berf. eine besondere Vorliebe für die Politik Machiavels. Er hält es nämlich für die elementarste Regel politischer Klugheit, daß man auf die reale Macht ausgeht, den Schein der Macht hingegen eher sieht, als sucht. Deswegen tadelt er es, daß Selbstverehrung von Preußen, welche die Russen seien, uns überlegen. Der Berf. setzt also voraus, daß die Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigsten, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unsern eigenen Landen aufzufuchen. Wir sind aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, „zu welcher der Berf. gehört.“ So lange wir Bann noch nicht erlöft, die Hälfte ist uns angehört. Nachdem man in Warschau nachgegeben, werde hinterher gerüstet; das sei das neue Kabinettstück. Gegen diese Rüstungen und gegen einen deabschlagenden Krieg spricht sich der Berf. mit dem größten Unwillen aus. Ihm scheint es nicht bewußt, daß Staaten ihre Fehler nicht durch Nachgiebigkeit, sondern nur durch erneute Energie wieder sichern. Fatalistisch verlangt er, daß Preußen seine Fehler einsehe, und als reuiger Sünder die Strafe hinnehme. Indem er die Kriegsfrage untersucht, spricht er die Ansicht aus, daß Preußen dermalen überhaupt nicht sich in der Lage befindet, einen solchen Krieg mit Erfolg zu führen. Die Russen seien uns überlegen. Der Berf. setzt also voraus, daß die Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigsten, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unsern eigenen Landen aufzufuchen. Wir sind aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, „zu welcher der Berf. gehört.“ So lange wir überhaupt noch glauben, daß Russland uns vernichten kann, so lange werden wir nicht groß und selbstständig dastehen können. Doch zurück zu unserem Berf. Da nur alle unsere Projekte gescheitert seien, fährt er fort, so hätten wir alle Erfüße, uns auf uns selbst zurückzuwenden, das nächste seien wir uns immer selbst — Preußen. Die deutsche Einheit sei für Preußen bei weitem keine Frage seiner Existenz, sondern nur der Convenienz, mit der wir uns beschaffen werden, so weit es convenit. „Gewiß gewiß genügt es.“ Die ganze Politik sei aus der irrgewissen Vorauseitung entsprungen, Preußen sei nicht in sich selbst geschränkt, sondern ruht auf Deutschland. Es sei daher mit dieser Politik nichts anderes zu machen, als das letzte Fädchen davon aufzugeben. Die Welt müßt erfahren: „Der Traum ist vorüber und Preußen ist wieder Preußen.“ Alle unitarischen und centralistischen Ideen müßten besiegt und zur Basis des reinen Föderalismus (soll heißen: des alten Bundestags) zurückgekehrt werden. Das ist das Programm einer Partei, die wir zum Heil Preußens und Deutschlands nie wieder am Nader des Staates zu erblicken wünschen. Nichts desto weniger haben wir geglaubt, jenes Programm mithilfen zu müssen, damit das Programm über ihre Wünsche, Hoffnungen und Befürchtungen anterrichtet werde und auch die Wahrheiten nicht verloren gingen, die sich dann allerdings unter den vielen Trugschlüssen befinden.

Der Berf. kommt. — [Die polnischen Abgeordneten. — Adress-Kommission. — Die Berf.-Partei.] Bezeichnend hatten die Abgeordneten polnischer Nationalität am Schlusse der vorigen Kammerfests noch vor Beschwörung der Verfassung ihre Mandate niedergelegt, um eben nicht diese Verfassung, in welcher sie eine Garantie ihrer nationalen Rechte vermissen, freiwillig anzuerkennen und zu beschwören. Sie appellierte eben durch die Niederlegung ihrer Mandate an ihre Kommittiten, und erhielten durch ihre Wiederwahl von diesen eine Billigung ihres Schrittes. Deshalb glaubten sie bei den Wahlprüfungen eine Erklärung des Sinnes, in welchem sie sich gegenwärtig der Verfassung unterwerfen, oder vielmehr sich auf den Boden derselben stellen, um für ihre nationalen Rechte weiter zu kämpfen, abgesehen zu müssen. Dieselbe bildet, wenn man so sagen will, einen bei jeder Gelegenheit wiederholten Protest gegen die Verkürzung dererjenigen Rechte, auf welche die Polen einen Anspruch zu haben meinen. Von diesem Standpunkte aus allein ist das VorKommiss in der heutigen Sitzung anzusehen. — Die heutige früh gewählte Adress-Kommission ist der zweiten Kammer, ist sehr wider Erwartungen. Man kann die Kammer-Parteien nicht scheiden in eine ministerielle und eine antiministerielle, denn, wie ich bereits bemerkte, die Anzahl derjenigen Abgeordneten, welche das gegenwärtige Ministerium noch zu stützen gesonnen scheint, ist sehr gering; man muß vielmehr im Augenblick zwischen einer kriegerisch und einer friedlich gesinnten Partei scheiden, und von diesem Standpunkte der Berf. auf die Entwicklung der Frankfurter Verhältnisse, wobei Preußen euhis zugeschen, die Kaiserposse bis zur letzten Scene des letzten Aktes haben spielen lassen und dann erst Nein gesagt habe. Indem Preußen erst sein Aufgeben in Deutschland erklärt, dann der Frankfurter Entwicklung Schritt für Schritt zugeschen, und dann einmal sein Nein aussprach, hat es Deutschland ganz offenbar getäuscht. Mangel an Consensus ist auf dem Berf. nicht zu tabeln. Seiner Meinung nach hätte Preußen, nachdem es nun endlich mit den Frankfurtern gebrochen, endlich die richtige Bahn, nämlich die Rückkehr zum alten Bundesstage, einschlagen müssen. Aber nun sei etwas erfolgt, was nur die Gedankenlosigkeit erzeugen konnte, nämlich die Union. Über dies „revolutionär Projekt“ ergiebt nun der Berf. eine wahre Laune von Ironie, Satyre und softigen Ausdrücken. Dann fährt er fort: „die Unions-Politik war eine falsche Politik. Gleichwohl kann doch auch eine falsche Politik noch einigen Werth haben, wenn sie, mit Energie und Sicherheit geführt, sich wenigstens ihrer Behandlungsweg wegen Achtung erwirkt.“ Die schlechte Leitung dieser Politik beweist der Berf. daran, daß die Union gegen die renitenten Mitglieder nicht eingeschritten. Indem sich die Union schwach bewies, sank sie zu einem bloßen Phantom hinab. Die Frage, was die Regierung zur Fortsetzung einer so ungünstigen Politik bewegen konnte, beantwortet der Berf. höhnend mit den Worten: die preußische Ehre. Hierbei wird der Berf. überaus grimmig. „Je mehr Ehre im Munde, desto weniger Verstand im Kopfe“ ruft er aus. Endlich sei man zu der Überzeugung gelangt, daß diese ganze Politik impraktabel sei; es sei also doch zu erwarten gewesen, daß man sie aufgäbe. „O nein!“ bricht der Berf. aus, „das leidet die preußische Ehre nicht. Das hieß die Wahheit anerkennen und sich von dem gesunden Menschenverstand beugen. Was vor diesem höchst gemeinen, demokratischen Wesen, das unsere Politik nie anerkannt! Niemals mehr!“ dazu gehört eine ganz andere Macht. Das muss der Kaiser aller Deutschen sein. So pilgern wir denn nach Warschau. Da lassen wir uns den Pelz wäscheln, und nun auf einmal wird die preußische Ehre dichtelig.“ „Zehn sehen wir diese Ehre, welche sich die deutsche Einheit zu ihrer Aufgabe gemacht hatte, nach Warschau ziehen, und was stets bei allen Völkern für das Schändliche gehalten worden, dort nationale Angelegenheiten vor einem fremden Forum verhandeln, und zwar eben um der Ehre willen.“ Wir unterlassen es, die Charakteristik der Warschauer Konferenzen mit den Worten des Berf. wiederzugeben, sie ist so drastisch, daß sich höchstens Preußenfeinde daran ergötzen können. — Nachdem der Berf. alle die näher bezeichneten Halbheiten in der preußischen Politik noch einmal rekapituliert, fährt er fort: „Und dennoch scheinen wir vom Bann noch nicht erlöst, die Hälfte ist uns angehört.“ Nachdem man in Warschau nachgegeben, werde hinterher gerüstet; das sei das neue Kabinettstück. Gegen diese Rüstungen und gegen einen deabschlagenden Krieg spricht sich der Berf. mit dem größten Unwillen aus. Ihm scheint es nicht bewußt, daß Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigsten, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unsern eigenen Landen aufzufuchen. Wir sind aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, „zu welcher der Berf. gehört.“ So lange wir überhaupt noch glauben, daß Russland uns vernichten kann, so lange werden wir nicht groß und selbstständig dastehen können. Doch zurück zu unserem Berf. Da nur alle unsere Projekte gescheitert seien, fährt er fort, so hätten wir alle Erfüße, uns auf uns selbst zurückzuwenden, das nächste seien wir uns immer selbst — Preußen. Die deutsche Einheit sei für Preußen bei weitem keine Frage seiner Existenz, sondern nur der Convenienz, mit der wir uns beschaffen werden, so weit es convenit. „Gewiß gewiß genügt es.“ Die ganze Politik sei aus der irrgewissen Vorauseitung entsprungen, Preußen sei nicht in sich selbst geschränkt, sondern ruht auf Deutschland. Es sei daher mit dieser Politik nichts anderes zu machen, als das letzte Fädchen davon aufzugeben. Die Russen seien uns überlegen. Der Berf. setzt also voraus, daß die Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigsten, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unsern eigenen Landen aufzufuchen. Wir sind aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, „zu welcher der Berf. gehört.“ So lange wir überhaupt noch glauben, daß Russland uns vernichten kann, so lange werden wir nicht groß und selbstständig dastehen können. Doch zurück zu unserem Berf. Da nur alle unsere Projekte gescheitert seien, fährt er fort, so hätten wir alle Erfüße, uns auf uns selbst zurückzuwenden, das nächste seien wir uns immer selbst — Preußen. Die deutsche Einheit sei für Preußen bei weitem keine Frage seiner Existenz, sondern nur der Convenienz, mit der wir uns beschaffen werden, so weit es convenit. „Gewiß gewiß genügt es.“ Die ganze Politik sei aus der irrgewissen Vorauseitung entsprungen, Preußen sei nicht in sich selbst geschränkt, sondern ruht auf Deutschland. Es sei daher mit dieser Politik nichts anderes zu machen, als das letzte Fädchen davon aufzugeben. Die Russen seien uns überlegen. Der Berf. setzt also voraus, daß die Russen kommen! Wir sind wohl nicht die Einzigsten, die da meinen, die Russen denken nicht daran, uns in unsern eigenen Landen aufzufuchen. Wir sind aber hier den Schlüssel nicht allein zu der Politik des gegenwärtigen Kabinetts, sondern auch der Partei, „zu welcher der Berf. gehört.“ So lange wir überhaupt noch glauben, daß Russland uns vernichten kann, so lange werden wir nicht groß und selbstständig dastehen können. Doch zurück zu unserem Berf. Da nur alle unsere Projekte gescheitert seien, fährt er fort, so hätten wir alle Erfüße, uns auf uns selbst zurückzuwenden, das nächste seien wir uns immer selbst — Preußen. Die deutsche Einheit sei für Preußen bei weitem keine Frage seiner Existenz, sondern nur der Convenienz, mit der wir uns beschaffen werden, so weit es convenit. „Gewiß gewiß genügt es.“ Die ganze Politik sei aus der irrgewissen Vorauseitung entsprungen, Preußen sei nicht in sich selbst geschrän

dem Sitzungsbericht.) In Folge mannigfacher zufälliger Umstände durfte nun zwar der Ausfall dieser Wahl nicht recht das Stimmen-Verhältnis im Plenum repräsentieren, immerhin aber bleibt schon die Fassung des Entwurfs der Adresse, wie er zur Beratung in das Plenum gelangt, von großem Einfluss auf den ganzen Gang der Debatte, und dies wird denn wohl auch hier der Fall sein. — Es war heute und zwar in sonst über solche Dinge gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen das Gerücht verbreitet, daß die Regierung die Aufbringung von 60 Millionen Thaler in außerordentlicher Weise und zwar durch eine fünfprozentige Einkommensteuer bei den Kammerbeamten beantragen werde. Wohl nur diesem allgemein geslaubten Gerüchte war die außerordentlich gedrückte Stimmung der Börse zuschreibbar, da ein anderer Grund sich gar nicht dafür aussuchen läßt. Alle Kurse, sowohl der Aktien wie der in- und ausländischen Bonds, erlitten einen bedeutenden Rückgang, und für Wechsel, namentlich auf längere Zeit, fanden sich fast gar keine Käufer. Auf Wien wurden Wechsel zu 75 p. C. gefaßt, wozu wohl wesentlich beigetragen haben mag, daß von dort her das Silberargus in der ungeheuren Höhe von 133 das Goldargus sogar von 140 p. C. gekommen war.

[Eine rechtzeitige Bemerkung.] Wir finden in gewissen Blättern den Allarmruf jetzt vorzugsweise gegen Frankreichs Mobilisierung gerichtet. Es liegt nicht fern, hierin eine gewisse Absichtlichkeit zu vermuten. Theils soll, wie es scheint, der Friede um jeden Preis dadurch eine neue Verhöhnung erhalten, daß angeblich ganz Europa gegen das isolierte Preußen zu den Waffen gerufen ist. Theils soll der preußische Patriotismus von seinem neuen Grolle gegen die von Russland und Österreich her drohende Knechtung zu dem alten von 1813 zurück geleitet werden.

(N. 3.) Die Geschäfte des Ministeriums des Auswärtigen werden, wie man uns berichtet, gegenwärtig durch den Grafen Dönhoff geleitet. Herr v. Manteuffel hat die interimistische Führung eigentlich bloß nominell übernommen, und soll sich in der Verwaltung des Ministeriums des Innern besser gefallen. Graf Dönhoff, dessen Intercessions hinsichtlich bekannt sind, hat unter den Kandidaten für die definitive Besetzung des auswärtigen Amtes günstige Chancen.

Herr v. Blittersdorf ist unvorsichtig genug, seine Freundschaft für Hrn. v. Manteuffel offen zu bekennen und dadurch jedem, der über die Bedeutung eines Ministeriums Manteuffel noch nicht im Klaren ist, die Augen zu öffnen. „Man überseht — sagt Herr v. Blittersdorf — daß der Zweck der Mobilisierung der Armee in den Augen des Herrn v. Radowitz ein ganz verschiedener, als in denen des Herrn v. Manteuffel ist. Ersterer Minister wollte mittels einer Nationalerhebung des preußischen Volks die Unionsside zur Ausführung bringen und diese nötigenfalls erzwingen; der letztere Minister hingegen will die volle Parität Preußens mit Österreich, mithin nicht den Ausschluß der leichten Macht aus Deutschland, sondern die Theilung des überwiegenden Einflusses über Deutschland mit derselben. Herr v. Radowitz versucht das Interesse der Gothaerischen Partei, (!) so sehr er dieses auch verhüllen möchte; Herr v. Manteuffel stützt sich auf das spezifische Preußenthum. Der letzgedachte Minister beantragte die Mobilisierung der preußischen Armee, weil er die Besorgnis gegen mögliche, daß Österreich, nachdem es Preußen zum Aufgeben der Unionsside vermoht hatte, nun auch die von ihm angestrebte Parität bestreiten werde, mithin das spezifische Preußenthum im Herzen angreifen wolle. Sein Schrift war darauf berechnet, daß Österreich durch einen ersten Succes nicht zu dem Glauben verleitet werde, es könne auch den zweiten mit Hilfe derselben Minister erlangen, die ihm bei Bekämpfung der Unionsside zur Seite gestanden. Die neuesten Nachrichten aus Wien und Berlin lassen nun keinen Zweifel mehr übrig, daß Österreich von Preußen die verlangten Garantien, daß es ihm mit dem Aufgeben der Union voller Ernst sei, erhalten habe, und vielleicht ist die Entfernung des Herrn v. Radowitz aus Preußen eine dieser Garantien gewesen, und eben so auch, daß Preußen von Österreich die geforderte Sicherheit erhalten hat, daß es mit der Gewährung der Parität vollkommen aufrichtig gemeint sei. Von diesem Augenblick müssen sich die spezifischen Preußen wieder zu dem österreichischen System hinzugezogen fühlen, nur um so gewisser aber werden sie genötigt sein, im Innern den Kampf mit den Gothaerischen Partei aufzunehmen. In diesem Kampf dürfte das Hauptmoment des zu eröffnenden preußischen Landtags bestehen, und schon die Eröffnungssrede darauf hinzuweisen. Wir sind der Ansicht, daß in demselben Verhältniß, als die preußische Regierung in der Lage sein wird, den Angriffen der Gothaer und Unionisten zu widerstehen, auch ihre Intimität mit Österreich zunehmen werde. Eben daraus wird auch die zunehmende Annäherung an das alte Bundesystem hervorgehen und hierauf bauen wir unsere vorzüglichste Hoffnung einer baldigen Verständigung zwischen Österreich und Preußen über die deutschen Verfassungsfragen. Ist einmal die Identität der Interessen wiederhergestellt, so muß sich das gemeinschaftliche Handeln von selbst ergeben. Insofern betrachten wir die Mobilisierung der preußischen Armee als die letzte Frucht der Radowitzschen Unionspolitik. Bald, so Gott will, wird die Zeit kommen, wo man uns keine Preußenschädlichkeit von der wir nichts in uns empfanden, vorwerfen, vielmehr erkennen wird, auf welcher Seite die wahren Freunde Preußens und Deutschlands zu finden sind.“

Seit mehreren Tagen bemerkt man hier in den Straßen München, die aus Prag und sammeln Geldbeiträge für das dortige Kloster des bartholomäischen Bruders. Dies Kloster hat sich nämlich zur Pflicht gemacht, krante Ketten aller Konfessionen und aller Nationen in seine Räume aufzunehmen und bis zu ihrer Biedermeierung zu pflegen. In Folge dessen wird derselbe gestattet, von Zeit zu Zeit in ganz Deutschland für dasselbe Kolletten zu halten. (D. Ref.) Bei der am 20. d. Mts. abgehaltenen Ergänzungswahl zur 1. Kammer für den Wahlbezirk Weilheim sind der geh. Oberfinanzrat Stürzner zu Berlin und der geh. Regierungsrath Graf von Dönhoff-Weinstein zu Abgeordneten geworden.

Im 1. Donaer Wahlbezirk folgte endlich die Nachwahl eines Abgeordneten zur 1. Kammer an Stelle des Regierungspräsidenten von Blumenthal, ist auf den geh. Legationsrat von le Coq hierzuläßt gekommen, welcher das Amt angenommen hat.

Zu Abgeordneten der 1. Kammer für den Wahlbezirk Trier, ist der General der Infanterie A. v. Höfner gewählt worden. Derselbe hat die Wahl angenommen.

Bei der Erstwahl eines Abgeordneten zur 2. Kammer für den 2. Potsdamer Wahlbezirk ist der bisherige Abgeordnete, leger Kreis-Gerichtsadvokat Breit auf Witzen wieder gewählt worden.

Der gleichzeitige für den 1. Lachener Wahlbezirk in die 1. und für den 3. Wahlbezirk, in die 2. Kammer gewählte Bürgermeister Jungblut zu Tülich, hat für die letztere abgezogen, daher darf den ersten Bezirk ein neuer Abgeordneter zur 1. Kammer zu wählen ist.

Im 2. Wahlbezirk Monforte sind der Friedensrichter Bölling von Rothen und der geh. Justizrat Blömer zu Berlin zu Abgeordneten für die 2. Kammer gewählt worden.

(C. C.)

Aus Oberschlesien, 21. Novbr. Vorgesetzter ist auf der Versammlung der Actionäre des Oberschlesischen Eisenbahns zu Breslau der seit vielen Jahren vergleichbar angelegte Beschluss gefasst worden, die Verbindung der wichtigsten Gruben und Hüttenwerke mit der Oberschles. Bahn in die Hand zu nehmen. Die Hauptrichtung geht von der Oberschles. Bahn aus nach Beuthen und Tarnowitz, die Bestimmung der etz

wägen Zweigbahnen und aller untergeordneten Modalitäten bleibt der Oberschles. Bahn-Verwaltung, als der Unternehmerin, überlassen.

(N. P. 3.)

Stettin, 23. Nov. [Corpsbefehl.] Es ist der hiesige

Ostsee-Zeitung folgender Corpsbefehl mitgetheilt worden, den Se. Königl. Hoheit der Prinz von Preußen an das zweite (pommersche) Armeecorps hat ergehen lassen:

Des Königs Majestät haben mittels allerhöchster Ordre vom 15. d. M. mir den Befehl zu ertheilen geruht, eine Truppenconcentration auszuführen, zu welcher auch das königliche zweite Armeecorps gebeten wird. — Ein erster Ruf in truster Stunde in von unten Königl. und Kriegsherrn an Sein Heer ergangen; in wenig Tagen steht derselbe schlagfertig zum Laden erhalten. Als nun jetzt die Spione, aus österreichischen Jägern und einem Trupp bayerischer Chevaulegers bestehend, durch ihr ferneres Vorgehen bekundeten oder glauben ließen, daß es nun wirklich ans Deligieren gehen solle, thaten die Fußtruppe des 1. Regiments, welche die äußerste Feldwache in Bronnzell hatten, einige Probeschüsse aus dem Zündnadelgewehr. Mehrere öster. Jäger wurden getroffen; sie prallten nebst den Chevaulegers zurück bis hinter die Höhe und entwickelten sich dann, nämlich die k. k. Jäger, jetzt mit wirklich überraschender Schnelligkeit und mit musterhafter Gewandtheit zu einer Divisionslinie, und bald darauf erschienen auch 4 Geschütze auf dem Abhang östlich von der Straße und prosteten ab. Unser Fußtruppen aus Bronnzell hatte sich, dem erhaltenen Befehle gemäß, nach der eigentlichen Avantgardestellung in und bei Kohlhaus zurückgezogen. Zwischen Bronnzell und Kohlhaus sind noch mehrere Schüsse gefallen. Ein Benutzung des so leicht errungenen Schlüssels zu der Position ist aber leider nicht erfolgt. Wir hätten es dringend gewünscht, denn wir durften nicht angreifen. Bis 6 Uhr Abends haben wir schriftlich einen Angriff abgewartet, dann verbreitete sich das Gerücht, daß Befehl aus Berlin zur Räumung Fulda's und zum Rückmarsch auf die Etappenstrafe gekommen sei, was sich am andern Tage bestätigt hat. Von dem Eindruck, den diese Nachricht auf die Truppen gemacht, will ich schweigen.

Indem ich nun sämmtlichen Herren Generälen, Offizieren, Unteroffizieren und Soldaten des vereinigten Armeecorps, insbesondere dem Herrn General v. Hallbauer, dem k. k. Major Herrn v. Peiser, den Herren Hauptleuten Weiss vom k. k. 14. Jägerbataillon und Schieferenant Ferdinand Petrowitsch vom k. k. 14. Jägerbataillon die wohlverdiente Anerkennung auspreche, fühle ich mich sehr glücklich, den heben durch Courier von Frankfurt eingetroffenen, von der hohen Bundesversammlung ausgegangenen Dant den vereinigten Truppen bekannt zu geben, wonach die vollkommene Zufriedenheit der hohen Versammlung mit ihrem ausdauernden und mutterhaften Verhalten in Erfüllung ihrer überaus schwierigen und an Entbehrungen und Strapazen reichen Aufgabe öffentlich ausgesprochen wird.

Die „Augsb. Allg. Zeit.“ meldet aus Frankfurt a. M. vom 17.: In der letzten Sitzung der Bundesversammlung ist das österreichische Kabinett ermächtigt worden, die von Preußen verlangte Erklärung der Sicherstellung seiner Etappenstrafen in Kurhessen dahin abzugeben: daß die Sicherung derselben wie der Stock und die Dauer der Benutzung nach den bündesgesetzlichen Bestimmungen Preußens zustehe. Darüber hinaus konnte man nicht gehen, da von einer eigenen Sicherstellung Preußens vertragsmäßig nicht die Rede sein kann; man hat sich aber nicht gerade gegen die eigene Sicherstellung Preußens aus sprechen wollen, um jeden Anlaß zu Empfindlichkeiten zu vermeiden und Preußen einen ehrenvollen Rückzug zu gewähren. Man schont in der Form, während die Sache selbst auf den Rechtsboden zurückgeführt wird. Hoffentlich kommt nun auch bald die Reise an die einleitenden Schritte wegen der Verfassungskrise. Bereits soll der Ausschuss dafür gewählt sein und aus den Bevollmächtigten Österreichs, Bayerns, Württemberg und zwei andern bestehen, deren Namen ich noch nicht erfahren habe.

Sicherem Vernehmen nach soll in Hanau sehr lebhaft wegen Entfernung des Ministers Hassenpflug unterhandelt werden. Als seinen Nachfolger bezeichnet man den früheren Minister v. Trott. Der abberufene kurhessische Geschäftsträger am preußischen Hof Herr v. Dörnberg hält sich gegenwärtig bei seinen Eltern in Darmstadt auf.

(C. C.)

Auf der Etappenstrafe, 18. Nov. Die Köln. 3. enthalt folgenden, augenscheinlich von einem preußischen Mi-

litär verfaßten, bemerkenswerten Artikel: Ich lese so eben den

Korps-Befehl Nr. 3 des Bundes-Erziehungskorps in

Hessen vom 10. Nov. Es bedarf derselbe aber eines Kommen-

ts, den ich Ihnen absatzweise hinzufügen werde. Also:

Tagesbefehl Nr. 3. Das Armeekorps hat durch die großen An-

strengungen, die es seit dem Ausmarsch aus den Garnisonen mit der größten Ausdauer und dem unverkennbaren Pflichtgefühl überwunden

hat, uns in den Stand gesetzt, am bestimmten Tage und zur bestimmten Stunde bei Löschendorf die erste Division aus den gefährlichen De-

stilen von Schlüchtern und Gelhausen mit den zweiten Division zu vereinen, die das Altmühl-Gebirge in Elmärschen überquerten hatte.

Am 1. Novbr. zwischen 5 und 6 Uhr Nachmittags ging in Eisenach die telegraphische Meldung ein, daß das kgl. bayerische Truppenkorps an demselben Tage Mittags die hessische Grenze überquerten habe. Die preußische Division des Fürsten Radziwill lag zu dieser Zeit in Kantoneinheiten von Bacharach bis Gersbach, die Division des Generals v. Bonin von Becken bis Eisenach, die Division des General-Pfeifers v. Tiesen von Warburg bis Beverungen. Aus dem Hauptquartier Eisenach ergingen folglich die nötigen Befehle, und am 2. Novr. Nachmittags stand die Di-

vision Radziwill in Fulda mit vorgesetzten Detachements ge- gen Röthenbach auf der Würzburger, und Oppers Neuhof auf der Hanauer Straße, die Reserve in Marbach und Hülfendorf, die Division Bonin vorwärts Bacharach; an demselben Tage schon um 11 Uhr die Hälfte der Division Tiesen in Kassel. Am 3. Novr. rückte die Reserve des Fürsten Radziwill auf, die Division Bonin folgte bis Hülfendorf und Marbach, die Division Tiesen vereinigte sich in Kassel. Die von Berlin erhaltenen Weisung soll ausdrücklich ein Vorgehen über Fulda hinaus untersagt haben. Die Detachen von Gelhausen und Schlüchtern boten also für das bayerische Korps keine große Gefahr. Die erste Division erschien am 3. Novr. in Schlüchtern und verfügte wieder mit nur noch übrig, die Namen jener Tapferen bekannt zu geben, welche die Ehre des Tages mit ihrem Blute bezahlt. Von

z. 14. Jäger-Bat. wurden verwundet: der Gen. Wajat leicht, die Gen. Schulz, Kommen, Müller, Brabach schwer; Preußische schiefen

Verluste verloren, die verletzt hatten, gefangen — der Kommandirende schied

Leutnant; dann die Gen. Aeg.enburg. — Jetzt, wo dem Armeecorps einige Tage Ruhe gewährt sind, sind alle Vorkehrungen zu neuen Anstrengungen in den Kantonen einzutreten zu haben.

Begegnung Fulda, 10. Novbr. 1850.

Bei uns erhielten die Leutnants v. Welinghoff des 19. Infanterie-Regiments, und v. Platen des 10. Husaren-Regiments Schüsse durch die Mäntel, ein Trompeter-Schimmel des 10. Hu-

saren-Regiments einen Schuß in die Lende. Weiter haben wir

keine Verletzungen zu beklagen. Über die Ordnung und Schos-

nung in den Kantonen wollen wir die armen Hessen spre-

chen, um die Kantonen zu unterstützen. — Einer von der Avantgarde bei Bronnzell und

Kohlhaus am 12. Novbr. 1850.

Die Friedenshoffnungen scheinen sich ziemlich stark verdunkelt zu ha-

ben, da sich die Rüstungen bei uns erneuern. Heute erhielten

2 Bataillone des hiesigen Leibregiments Marschbefehl und haben

dieselben am Montag den 23. d. M. auf der Eisenbahn nach

Bamberg abzugehen und sich in der Richtung gegen Kronach (Festung Rosenberg) aufzustellen. Die Stärke des neu aufzustellenden Armeecorps wird 20,000 Mann betragen und mit dem

bei Bamberg sich concentrierenden österreichischen Armeecorps die

Bindung unterhalten. Diese Aufstellung ist übrigens schon

länger projektiert und sollte schon in dieser Woche ausgeführt wer-

den, was jedoch durch einen unvorhergesehenen Geleimangel verzögert wurde. Der Feldmarschall der Armee, Prinz Karl,

verweilt infolge obiger Verzögerung eben auch noch hier

und wird derselbe erst in nächster Woche zur Armee abgehen. Mit

ihm werden die königl. Prinzen Luitpold und Adalbert abreisen, von denen der Erste Kommandant der Artillerie, der

Andere aber Abnehmer des nach ihm benannten Kurhasser-Regi-

ments ist. — Heute erzählt man in militärischen Kreisen, daß

der bayerische Reichsrat Fürst Wrede, ein Sohn des Feld-

marschalls gleichen Namens, dem Kriegsministerium seine Dienste

angeboten und die Erlaubnis zum Eintritt in das Armeecorps

des Fürsten Wrede mit dem Range als Oberstleutnant erhalten

hat. — Die heutige Nummer der „Leuchttugeln“ wurde konfir-

miert. Dagegen geht der „Volksbote“ immer frei durch, obgleich er einen Schmähartikel um den andern gegen Preußen bringt.

Stuttgart, 20. November. [Das württembergische Truppen-Corps], so weit dasselbe bis jetzt unter die Fahnen gerufen ist, befindet sich in vollkommener Maßbereitschaft und kann dasselbe jeden Augenblick einem an dafelb ergehenden Ruf ins Feld folgen. Doch beträgt seine Stärke vorerst noch nicht über 15,000 Mann, kann aber in kürzester Frist bis auf 25,000 Mann vermehrt werden. In Bezug Sr. Maj. des Königs selbst sind alle Anordnungen seit Wochen genau getroffen, in Ausrüstung der Feldequipage, Bezeichnung der Leute und Pferde für das Gefolge des Königs und ihre Ausstattung, so daß nach ergangener Befehl schon in einer Stunde aufgebrochen werden könnte. Auch in sonstiger Hinsicht sind alle Vorbereitungen für einen solchen Fall getroffen.

(Const. 3.)

Braunschweig, 22. Novbr. [Der Ausschuss unserer Abgeordneten-Versammlung] hat unter dem 20. d. W. ein Schreiben an das herzogliche Staats-Ministerium gerichtet, in welchem dasselbe aufgefordert wird, nicht allein den Kreis der Truppen des sog. Bundesstages nach Schleswig-Holstein zu verweigern, sondern auch diesen Beschuß der befürworteten und verbündeten Macht Preußen anzuseigen und dieselbe um Schutz und Beistand gegen jede Gewaltanwendung anzureuen.

Ein Berliner Korrespondent des „Hamb. Corresp.“ meldet: „Wie uns versichert wird, sind die Befragungen an den Herzog von Braunschweig beabsichtigt Gewährung militärischer Hilfe zur Verhinderung des Durchmarsches der Bundesstruppen nach Schleswig-Holstein sogar in Form schriftlicher Stipulationen abgefaßt worden.“

Österreich.

Prag, 21. Novbr. [Verschiedenes.] Seit gestern ist die Eisenbahn abermals anhaltend mit Truppenbeförderungen beschäftigt, einige Equipagen des Feldmarschalls Radetzky sind bereits nach Lobositz befördert worden. — Die Löfung und Assentierung für Prag beginnt bereits am 25. Nov., ein Erlass des Ministers des Inneren verordnet, daß falls die Conscriptionssbeamten nicht hineinkommen sollten, die Steuerbeamten zu dem Refektionsgeschäft verweigert werden können.

Nachricht. Heute Mittag sind die ersten Bataillone Grenzer (Kroaten) in Pardubitz angelangt, sie gehen noch durch die Stadt, um die Gewährung militärischer Hilfe zur Verhinderung des